

Populismus, Demokratie und neue soziale Disparitäten – Gesellschaftliche Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation

Autoren/Autorinnen: Dr. Bernd Sommer (Europa-Universität Flensburg), Dr. Miriam Schad (TU Dortmund)¹

1. Sozial-ökologische Problemlagen

Seien es die Etablierung nachhaltiger Mobilitätsysteme, Veränderungen im Agrarsektor oder die Transformation des Energiesystems insgesamt – die unterschiedlichen Felder einer sozial-ökologischen Transformation sind abhängig von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die weit über ihr jeweils benanntes Themenfeld hinausreichen. Ohne die entsprechende politische Unterstützung sowie eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung werden sich eine „Agrar-“, „Energie-“ und „Mobilitätswende“ oder sogar „Große Transformation zur Nachhaltigkeit“ (WBGU) nicht gestalten lassen. Zwei Entwicklungen, die in der jüngeren Vergangenheit in nahezu allen frühindustrialisierten OECD-Staaten sowie darüber hinaus in zahlreichen Entwicklungs- und Schwellenländern zu beobachten sind und zwischen denen auch ein Zusammenhang zu bestehen scheint, sind unseres Erachtens in diesem Kontext von besonderer Bedeutung:

- (1) das Erstarren populistischer und autoritär-nationalistischer Bewegungen und Parteien sowie
- (2) zunehmende soziale Disparitäten und neue Formen der sozialen Ungleichheit.

Die Erforschung der Auswirkungen und Interdependenzen dieser beiden Veränderungen auf die Akzeptanz und Praxis einer sozial-ökologischen Transformation sollten daher unserer Meinung nach Teil einer zukünftigen Forschungsstrategie sein.

(1) Populismus, autoritärer Nationalismus und sozial-ökologische Transformation

In den vergangenen Jahren konnten populistische und z.T. auch autoritär-nationalistische Bewegungen, Parteien und Politiker überall in Europa, den USA aber auch in zahlreichen Staaten des Globalen Südens bemerkenswerte Erfolge erzielen. Bei aller Heterogenität eint zahlreiche dieser Parteien und Akteure nicht nur ihre ablehnende Haltung gegenüber (Flucht-)Migration, sondern auch die Infragestellung von Umwelt- und Klimaschutzzielen sowie entsprechender Politiken. Besonders drastisch lässt sich dies in der aktuellen US-amerikanischen Politik beobachten, in der nach der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten die Ausbeutung fossiler Energiequellen wieder forciert wird, Nationalparks und Naturschutzgebiete zurückgebaut, umweltpolitisch Institutionen entmachtet und das Pariser Klimaabkommen aufgekündigt worden sind. In diesem Zusammenhang werden gesicherte umweltwissenschaftliche Forschungsergebnisse ignoriert oder offen in Frage gestellt (Tollef-

¹ Das vorliegende Themenpapier ist in einem mehrstufigen Prozess entstanden. Die Autoren und Autorinnen haben im Rahmen eines Online-Konsultationsprozesses zum obigen Thema ein Papier erstellt und eingereicht. Das Themenpapier wurde anschließend in diesem Online-Konsultationsprozess vielfach kommentiert. Die Kommentare wurden von dem Autor und den Autorinnen in das Papier eingearbeitet. Die Einarbeitung von Kommentaren und Ergänzungen erfolgte zum Teil wörtlich, auf eine Zitierung wurde verzichtet. Unter <https://www.nachhaltigkeitsforschung-gestalten.de/dialoge/kommentieren-sie-die-vorschlaege-fuer-zukuenftige-themenschwerpunkte/marine-sozial> sind alle Kommentare sowie das Themenpapier vor der letzten Überarbeitung einsehbar. Nach der Agenda-Konferenz am 19. und 20. September 2018 wurde das Themenpapier nochmals überarbeitet und durch die Ergebnisse des Workshops ergänzt. Das nachstehende Themenpapier ist entsprechend in einem Gruppenprozess entstanden.

son 2018). Auch im Programm der AfD in Deutschland findet sich ein ausgeprägter Klimaskeptizismus und die Partei setzt sich für die Fortsetzung des Kohlebergbaus in Nordrhein-Westfalens und in der Lausitz, die Liberalisierung der Fracking-Technologie oder die Aufweichung von Abgasstandards ein. Argumentativ wird hierbei meist der „kleine Mann“ (weniger die „kleine Frau“) vor bevormundender Umwelt- und Naturschutzpolitik bewahrt. Bei extrem rechten Politikern und Parteien ist dagegen auch zu beobachten, dass mit Verweis auf den Umweltschutz Zuwanderung abgelehnt wird oder Naturschutz als „Heimatschutz“ für eine völkisch-nationalistische Ideologie vereinnahmt wird.

Für die USA hat die amerikanische Soziologin Arlie Hochschild (2016) gezeigt, dass Menschen, obwohl sie z.B. in Louisiana selbst massiv von Umweltverschmutzung betroffen sind, einen Abbau von Umweltschutzmaßnahmen und die Politik Trumps befürworten. Aus der einschlägigen Wahl- und Einstellungsforschung ist bekannt, dass vor allem diejenigen Personen zur Wahl populistischer sowie autoritär-nationalistischer Parteien neigen, die sich gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen benachteiligt sehen. Mit anderen Worten, die soziale Positionierung von Personen – und insbesondere ihre Deutung und Wahrnehmung im Vergleich zu anderen Teilgruppen der Gesellschaft – scheinen eine große Relevanz für die unterschiedlichen Dimensionen einer politisch postulierten ökologischen (oder auch nachhaltigen) Gesellschaftstransformation zu haben, was auf den zweiten von uns als wesentlich betrachteten Kontextfaktor für sozial-ökologische Transformationsprozesse verweist:

(2) Neue soziale Disparitäten und sozial-ökologische Transformation

Die „soziale Frage“ hat in den vergangenen Jahrzehnten eine Metamorphose vollzogen (Robert Castel). In den frühindustrialisierten OECD-Staaten sind heute weniger absolute Armut oder Hunger von Relevanz, als neue soziale Disparitäten, die unter Schlagworten wie „Prekarisierung“ oder „Working Poor“ diskutiert werden. Dies wirft auch neue Fragen für die sozial-ökologische Forschung auf, die sich seit Anbeginn mit den sozialen Implikationen von Umweltveränderungen oder auch Umweltpolitik beschäftigt. Wie unter (1) bereits skizziert, scheinen Prozesse sozialer Spaltung die Bereitschaft, politische Entscheidungen an Umweltschutzkriterien auszurichten, negativ zu beeinflussen. Aber auch das eigene umweltrelevante Alltagshandeln bleibt durch soziale Ungleichheit, Prekarisierung sowie die Wahrnehmung dieser Prozesse nicht unberührt: Klassische Forschungen zu Umwelteinstellungen und Umwelthandeln zeigen, dass Menschen mit niedrigem Einkommen und Bildungsabschluss sich weniger Sorgen um Umweltschutzbelange machen. Und aktuelle Studien zeigen, dass auch die wahrgenommene Prekarität in Teilen der Mittelschicht zu einer geringen verbalisierten Bereitschaft führen kann, das eigene Handeln an Umweltschutzkriterien auszurichten. Bezogen auf das tatsächlich zu beobachtende Umwelthandeln ergeben sich ambivalente Befunde: Einerseits gibt es auch hier Indizien, dass sozial schlechter gestellte Milieus seltener etwa zum Kundenstamm von Bio- oder Reformhäusern gehören. Bei Analysen zum ökologischen Fußabdruck schneiden aber gerade die bessergestellten Milieus als besonders ressourcenverbrauchend ab. In verschiedenen Studien ist weiter gezeigt worden, dass das Ausmaß sozialer Ungleichheit (als relationales Verhältnis) signifikant mit ökologischen Dimensionen (wie z.B. den Verlust an Biodiversität) in einer Gesellschaft korreliert. Schließlich ist aus der internationalen Forschung zu den Themenfeldern Umwelt- und Klimagerechtigkeit bekannt, dass etwa Extremwetterereignisse und Umweltbelastungen stets sozialstrukturiert wirken und insbesondere die sozial benachteiligten Gruppen – global aber auch innerhalb von industrialisierten Gesellschaften – treffen. Obgleich mit der Agenda 2030 und den *Sustainable Development Goals* (SDGs) die soziale Dimension der Nachhaltigkeit prominent

betont wird, laufen die öffentlichen sowie politischen Debatten jedoch meist noch getrennt nach Ressorts (Arbeit und Soziales einerseits, Umwelt andererseits). In der Auseinandersetzung mit der Interdependenz ökologischer und sozialer Problemlagen besteht das Potenzial, Umwelt(schutz)politik auch als Sozialpolitik zu verstehen und zu konzipieren und so zu ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz beizutragen und ihre Legitimation zu erhöhen.

2. Wissensstand und Forschungslücken

Zu der „großen Regression“ – wie die international zu beobachtende, aktuelle Hinwendung zum Autoritarismus in der Fachliteratur auch genannt wird – entstehen gerade die ersten Untersuchungen, bzw. es werden erste Forschungsergebnisse vorgelegt. Weitgehend unbeachtet blieb dabei bislang aber, wie sich die entsprechenden Bewegungen und Parteien zu umweltpolitischen bzw. nachhaltigkeitsrelevanten Fragestellungen positionieren und wie ihr wachsender Einfluss – sei es in Regierungsverantwortung oder mittelbar durch die Beeinflussung der politischen Agenda – sich auf die entsprechenden Politikfelder auswirkt. Auch existieren kaum gesicherte Befunde dazu, welche Bedeutung die Themen „Umwelt- und Klimaschutz“, „Nachhaltigkeit“ und „Ökologie“ bei ihrem Elektorat haben und ggf. auch ihre Wahlentscheidungen beeinflussen.

Als zentrale Herausforderung für die Demokratie können der Trend zu einer zunehmenden Polarisierung von Öffentlichkeiten bei Themen wie „Umwelt- und Klimaschutz“, „(Flucht-)Migration“ oder auch „Sozial- und Gleichstellungspolitik“ sowie die daraus resultierenden Folgen für die demokratische Willensbildung betrachtet werden. Ursächlich hierfür scheinen u.a. sowohl sozialstrukturelle Entwicklungen (wie zunehmende soziale Ungleichheit) als auch eine veränderte Medienlandschaft sowie ein verändertes Medienkonsumverhalten. Wissenschaftliche Ergebnisse werden geleugnet oder ignoriert, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen geraten unter Druck. Da sich bereits heute empirisch zeigt (beispielsweise in den USA oder einigen Staaten der EU), dass diese Entwicklungen sowie das Erstarken von Populismus und autoritärem Nationalismus schwerwiegende Folgen für die Umweltforschung sowie das politische Ziel der Nachhaltigkeit zeitigt, sollten sie auch Gegenstand der sozial-ökologischen Forschung sein.

Auch beim Themenfeld „soziale Ungleichheit und sozial-ökologische Transformation“ existieren erhebliche Forschungsdesiderata. Zwar ist bekannt, wie unter (2) erwähnt, dass soziale Ungleichheit sich auf die Betroffenheit von Umweltbelastungen auswirkt, doch wissen wir über das umgekehrte Verhältnis, also die Auswirkungen wachsender sozialer Ungleichheit auf die Belastung der Umwelt (die Inanspruchnahme von Ressourcen und Senken) nur wenig. Es gibt eine Reihe von empirischen Studien (vgl. z.B. Jorgenson et al. 2015; Wilkinson und Pickett 2009), in denen soziale und ökologische Probleme auf zunehmende Ungleichheit zurückgeführt werden. Die hinter den statistischen Zusammenhängen liegenden Mechanismen sind allerdings kaum erforscht (vgl. Berthe und Elie 2015). Mit anderen Worten, der Zusammenhang lässt sich zwar empirisch zeigen, bezüglich des genauen Wirkungsverhältnisses existieren aber allenfalls plausibilisierende Theorien (z.B. dass in einer sozial ungleichen Gesellschaft für die Individuen demonstrativer Statuskonsum an Bedeutung gewinnt). Weiter sind die Konsequenzen der neuen Formen sozialer Disparitäten (wie Prekarisierung) für umweltrelevante Praktiken und Einstellungen bislang nur wenige erforscht (Schad 2017).

3. Mögliche Forschungsfragen

Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Themenfelder und Desiderata böte sich eine Förderbekanntmachung an, in der u.a. die folgenden Fragestellungen und Untersuchungskomplexe adressiert werden:

- Welche umweltpolitischen Positionen vertreten (international vergleichend) verschiedene rechtspopulistische Bewegungen und Parteien und mit welchen Begründungen werden beispielsweise Umwelt- und Klimaschutz abgelehnt? Welche Bedeutung haben die entsprechenden Positionen in der Anhängerschaft diese Gruppierungen? Aber auch: Mit welchen Begründungsfiguren wird Umwelt- und Naturschutz völkisch-nationalistisch vereinnahmt? Wie können problematische Allianzbildungen vermieden werden, indem beispielsweise umweltpolitische Vorhaben eine klar emanzipatorisch-demokratische Zielsetzung verfolgen? Wünschenswert wären in diesem Zusammenhang ausdrücklich auch historische Rekonstruktionen und Perspektivierungen, die sich mit der Geschichte und dem Wandel „rechter Ökologien“ beschäftigen.
- Wie wirkt sich der Einfluss populistischer Parteien und Bewegungen – sei es in der Regierungsverantwortung oder mittelbar durch die Beeinflussung der politischen Agenda – auf die Politikfelder einer sozial-ökologischen Transformation aus? Was bedeuten diese Erkenntnisse für den Erfolg einer gesellschaftlichen Transformation unter dem Leitbild der „Nachhaltigkeit“? Welche Strategien gibt es (ausgehend von der Notwendigkeit dieser Transformation) mit den unterschiedlichen Widerständen umzugehen?
- Zur Untersuchung des erstarkenden Populismus und der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung sollten sowohl Untersuchungen gefördert werden, die an sozialwissenschaftliche Großdiagnosen anknüpfen – und beispielsweise die gegenwärtige Demokratiekrise als Resonanzstörung im Sinne Hartmut Rosas (2016) interpretieren – als auch Vorhaben Berücksichtigung finden, in denen mittels transdisziplinärer Formate (bspw. „Trialoge“) die Möglichkeiten erforscht werden, dieser Polarisierung entgegenzuwirken.
- Welche sozialen Gruppen werden (auch innerhalb industrialisierter Gesellschaften) durch erfolgte und auch verhinderte Umweltschutzpolitik benachteiligt oder privilegiert? Welche Diskurse lassen sich hierzu auch innerhalb der medialen Berichterstattung rekonstruieren?
- Welche Anknüpfungspunkte bietet die empirische Gerechtigkeitsforschung (quantitativ und/oder qualitativ) bei der Erforschung von ablehnenden Einstellungen zu Umweltpolitik und Umweltschutzinitiativen? Welche Gerechtigkeitsvorstellungen (Verteilungsgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit u.ä.) werden in den Argumentationen adressiert und wie wirken sie sich auf das politische Ziel einer Nachhaltigkeitstransformation aus?
- Welche sozialen Determinanten beeinflussen die Betroffenheit von Umweltbelastungen und Extremwetterereignissen innerhalb Deutschlands? Welche Gruppen (z.B. Geflüchtete, Menschen in Asylverfahren) sind Belastungen in besonderem Maße ausgesetzt?
- Wie manifestieren sich umweltrelevante Alltagspraktiken in unterschiedlichen sozialen Lagen? Welche Erkenntnisse können etwa auf Basis von ethnographischen Beschreibungen in schwer für klassische Befragungen zu erschließende Milieus (z.B. unterschiedliche gesellschaftliche Eliten, die in der Regel über einen besonders großen ökologischen Fußabdruck verfügen) zu Umwelteinstellungen und Umwelthandlungen generiert werden?

- Wie lassen sich die negativen Auswirkungen wachsender sozialer Ungleichheit auf verschiedene soziale und ökologische Probleme erklären? Welche theoretischen Modelle existieren hierzu und welche lassen sich empirisch erhärten?
- Oder auch: Inwiefern sind Umweltzerstörung und soziale Prekarisierung Folgen der gleichen gesellschaftlichen Dynamik, die sich beispielsweise mit Karl Polanyi als „Kommodifizierung von Natur und Arbeit“ beschreiben lässt und wonach der erstarkende Rechtspopulismus eine „Gegenbewegung“ (im Sinne Polanyis) zu diesen Entwicklungen wäre?